

## Droht das Ende der Volksparteien?

Carmen Schmidt

Die Verluste der beiden großen Parteien und vor allem die der SPD bei den letzten Bundestagswahlen haben der Debatte um das »Ende der Volksparteien« neue Nahrung gegeben. Seit langem schon kann ein Trend der Abwendung der Bürger von den beiden »Volksparteien« SPD und CDU festgestellt werden.

Eine Reihe gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist für eine Lockerung der Parteibindungen an die großen Parteien verantwortlich. So lässt sich eine deutliche Abnahme der Zahl der traditionellen Wählergruppen (Bauern, Selbständige, Arbeiter) feststellen, die zu einem Sinken des Einflusses dieser Bevölkerungsgruppen auf die Wahlausgänge führte, während die Zahl derjenigen mit historisch nicht gewachsenen Parteibindungen stark zunahm.

Auch der Einfluss der Kirchen hat sich im Laufe der Zeit abgeschwächt, was vor allem am stetigen Rückgang der Zahl der regelmäßigen Kirchgänger abzulesen ist. Zudem führte die deutsche Wiedervereinigung zu einem deutlichen Anstieg der Konfessionslosen an der Gesamtbevölkerung. Auch die Ausdifferenzierung der Lebensverläufe und Arbeitsverhältnisse und die daraus resultierende Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile führt dazu, dass sich

Wähler nicht mehr von den Parteien der traditionellen Sozialmilieus angesprochen fühlen und sich der Wahlentscheid nicht mehr nach den klassischen Konfliktlinien »Schichtzugehörigkeit« und »Religion« ausrichtet.

Eine bedeutende Folge dieser Prozesse ist eine Erosion der traditionellen Milieus und Gruppenbindungen an die großen Parteien und eine Zunahme derjenigen Wähler, die frei und ohne Parteibindungen ihren Wahlentscheid treffen oder überhaupt nicht wählen. Die Neigung zur Nichtwahl ist hierbei innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich verteilt. So fällt die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen vor allem bei den unter 35jährigen unterdurchschnittlich aus und liegt besonders niedrig bei Wahlberechtigten unter 25 Jahren. Überdurchschnittlich hoch ist sie hingegen unter älteren Wahlberechtigten. Über den Zeitverlauf zeigt sich eine Verstärkung dieser Tendenzen. Jüngere neigen somit in immer stärkerem Ausmaße zur Nicht- oder Wechselwahl.

Aber nicht nur die Wähler wenden sich von den Parteien ab, auch die Mitgliederzahlen der beiden großen Parteien schrumpfen stetig, da sich immer weniger Jüngere in den Parteien engagieren und beide

großen Parteien von Überalterung und »Mitgliedersterben« betroffen sind. So liegt das Durchschnittsalter der SPD-Mitglieder bei 57 und das der Union bei 56 Jahren.

Die geschilderten Prozesse lassen insgesamt den Schluss zu, dass die Abwendung von den großen Parteien auch in Zukunft anhalten und der Trend zur Pluralisierung des Parteiensystems sich weiter verstärken wird. Unterstützt wird dieser Prozess auch vom geltenden Wahlrecht, das die Repräsentation kleinerer Parteien begünstigt.

Apl. Prof. Dr. Carmen Schmidt · Universität Osnabrück  
Fachbereich Sozialwissenschaften  
Politische Soziologie  
E-Mail: [carmschm@uni-osnabrueck.de](mailto:carmschm@uni-osnabrueck.de)  
Internet: [www.fsjapan.uni-osnabrueck.de](http://www.fsjapan.uni-osnabrueck.de)